

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Landtag 7.1854 - 29.1904

5. Sitzung, 25.11.1887

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151027](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151027)

B e r i c h t

über

die Verhandlungen

des

XXIII. Landtags des Großherzogthums Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 25. November 1887, Vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Finanzausschusses, betr. den Voranschlag der Ausgaben des Herzogthums Oldenburg für die Jahre 1888, 1889 und 1890.
 2. Geheime Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Roggemann.

Am Ministertisch: Se. Excellenz Herr Minister Jansen und Herr Minister Flor, ferner die Herren Regierungs-Commissare: Geh. Oberregierungs-rath Müzenbecher, Geh. Oberfinanzrath Heumann, Oberfinanzrath Deltermann, Oberregierungs-rath von Buttell, Oberregierungs-rath Ahlhorn, Finanzrath Bucholz, Ministerialrath Willich.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Schriftführer Funch das Protokoll der vorigen Sitzung.

Zu demselben bemerkt der

Präsident: Es sei im Protokoll nicht festgestellt, daß, nachdem die Abg. Hoyer und Meyer ihre Anträge zurückgezogen hätten, er an die Versammlung die Frage gerichtet habe, ob über jene Anträge noch weiter verhandelt werden solle; die Frage sei von der Versammlung verneint worden. Er werde eine diesbezügliche Nachfrage zum Protokolle machen lassen.

Im Uebrigen wurde das Protokoll genehmigt.

Der Präsident verliest dann folgende Eingänge:

1. Petition aus Godensholt von Joh. Hellmers und Genossen um Ablehnung des Baues einer Chaussee von Apen bis zur Landesgrenze von Ostfriesland

Berichte. XXIII. Landtag.

wegen schwerer Belastung der Eingeseffenen der Gemeinde Apen.

Wurde verlesen.

2. Schreiben des Großherzoglichen Staatsministeriums, betr. den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesculturfonds für das Herzogthum Oldenburg für 1888/90 und Voranschlag der Canalbau-casse für dieselben Jahre.

An den Finanzausschuß.

3. Schreiben desselben, betr. Gesetzentwurf für das Herzogthum Oldenburg, betr. die Stempelgebühren in Grundbuchsachen.

An den Justizauschuß.

4. Schreiben desselben, betr. Zurückziehung des Gesetzentwurfs für das Herzogthum Oldenburg, betr. die militairischen Verhältnisse der Gendarmen.

Ad acta.

und bemerkt dabei, er beantrage die Petition aus Godensholt wegen Ablehnung des Baues einer Chaussee von Apen bis zur Landesgrenze in der heutigen Tagesordnung mit zu

erledigen. Dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Präsident verliest die Ausschußanträge *Nr.* 1—5.

Zu dem letzten Antrag bemerkt der

Berichterstatter **Tanzen**: Wenn im Bericht gesagt sei, die erhebliche Steigerung der eingestellten Beträge dürfte im Wesentlichen auf den zum 1. October 1888 zu erwartenden Zollanschluß Bremens und der Unterweser zurückzuführen sein, so sei dieses eine irrthümliche Auffassung des Ausschusses. Nach später eingezogener Erkundigung sei diese Steigerung dadurch verursacht, daß nach 1866 noch mehrere Pensionen und Wartegelder erforderlich geworden seien. Die durch den Zollanschluß Bremens erwartete Steigerung dieser Ausgaben werde erst später in die Erscheinung treten. Im Uebrigen beziehe er sich auf das im Bericht Gesagte.

Der Präsident stellt sodann den Antrag 6 zur Berathung.

Zu demselben erhält das Wort:

Abg. **Schulze**: Es sei zur Sprache gekommen, daß die Bücherräume der Bibliothek sehr feucht seien, da keine Gelegenheit zum Heizen derselben vorhanden sei. Werthvolle Werke seien dadurch bereits beschädigt worden. Er möchte die Regierung ersuchen, die Abänderung dieser Mißstände zu veranlassen.

Antrag 7 wird zur Berathung gestellt und sodann die Anträge 1—7 incl. zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Die Anträge 8, 9, 10 werden darauf vom Präsidenten verlesen und nacheinander zur Berathung gestellt. Dieselben werden in einer Abstimmung angenommen.

Zu Antrag 11 erhält das Wort:

Reg.-Com. **Mußenbecher**: Der Ausschuß erkenne an, daß eine Vermehrung der beamteten Thierärzte nicht wohl zu vermeiden sei, wenn den Anforderungen des Reichs-Viehseuchen-Gesetzes nachgekommen werden solle; ferner erkenne derselbe an, daß es wünschenswerth sein möge, einige Thierärzte, welche das Physikatsexamen gemacht haben, für das Land zu gewinnen, wolle aber die von der Regierung vorgeschlagene Gehaltsbewilligung von 600 *M.* auf die Hälfte herabsetzen. Er (Redner) glaube kaum, daß man dieses Ziel mit einem Gehalt von 300 *M.* erreichen werde. Er erlaube sich darauf aufmerksam zu machen, daß die von der Regierung vorgeschlagene Summe deshalb für nothwendig erachtet sei, weil in Preußen die Kreis-Thierärzte auch ein Gehalt von 600 *M.* bezögen. Ihm sei es höchst zweifelhaft, ob für die vom Ausschuß beantragte Summe beamtete

Thierärzte, welche ihre besondere Befähigung durch eine Prüfung nachgewiesen haben, zu finden sein würden. Die Regierung werde versuchen, mit der vom Ausschuß beantragten Summe auszukommen, müsse sich aber vorbehalten, eventuell wieder eine neue Vorlage an den nächsten Landtag zu bringen.

Berichterstatter **Tanzen**: Der Ausschuß sei der Ansicht, daß bei den anderweitigen Vortheilen, welche der beamtete Thierarzt in Folge seiner Stellung haben werde, wohl solche für ein Gehalt von 300 *M.* zu finden sein würden. Es würde auch zu einem Mißverhältniß führen, wenn diese neuen beamteten Thierärzte ein Gehalt von 600 *M.* beziehen sollten, während die jetzigen, welche aus den besten Thierärzten des Landes genommen seien, nur ein solches von 300 *M.* hätten. Es seien schon jetzt Thierärzte im Lande vorhanden, welche das Physikatsexamen gemacht hätten, und diese würden wohl bereit sein, die Stellen auch für das vom Ausschuß beantragte Gehalt anzunehmen. Der Herr Regierungs-Commissar habe dieselben Bedenken auch schon im Ausschusse vorgebracht; wenn es nicht möglich sei, Männer für ein Gehalt von 300 *M.* zu bekommen, so könne man ja später mit einer neuen Vorlage kommen.

Der Ausschußantrag wird angenommen, die Mehrforderung der Staatsregierung abgelehnt.

Der Präsident verliest sodann den Antrag 12.

Zu demselben bemerkt:

Reg.-Com. **Mußenbecher**: Zu der Zeit, als der Voranschlag aufgestellt worden sei, habe man noch nicht übersehen können, ob der Unterricht im laufenden Winter stattfinden werde oder nicht. Da der Cursus nicht gehalten werde, sei die Regierung mit der Kürzung des Ausschusses einverstanden, und bedürfe es einer Abstimmung über den Regierungsantrag nicht.

Der Antrag 12 wird angenommen.

Der Präsident verliest die Anträge 13, 14.

Zu denselben erhält das Wort:

Reg.-Com. **Mußenbecher**: Die für Beschaffung des Inventars für die neu zu erbauende Irrenheilanstalt zu Wehnen veranschlagte Summe von 50 000 *M.* sei zu einer Zeit angesetzt, wo ein genauere Plan für die Anstalt noch nicht festgestanden habe. Nach den neueren Plänen habe sich herausgestellt, daß diese Summe nicht genüge, und es werde nach dem neuen Anschlag, der auch auf allzugroße Genauigkeit keinen Anspruch machen könne, die Summe von 67 000 *M.* für erforderlich erachtet. Auf die eingesezte Position selbst habe dieser Umstand keinen Einfluß. Er habe dieses nur bemerken wollen, damit, wenn die Regierung in der nächsten Finanzperiode für diesen Gegenstand mehr for-

dem werde, ihr die Bemerkung zum §. 18 des Voranschlags nicht entgegengehalten werden könne.

Ferner wolle er darauf aufmerksam machen, daß, falls der Bau beschloffen und ein Theil in dieser Finanzperiode fertig gestellt würde, derselbe sogleich in Benutzung genommen werden würde. Dadurch werde die Anstellung von Beamten, namentlich auch Wärtern erforderlich werden und werde in dieser Beziehung die Einbringung eines Antrags auf Bewilligung von Gehältern, Löhnen u. v. vorbehalten werden dürfen.

Berichterstatter Tausen: Der Ausschuß, dem die Genehmigung des Erweiterungsbaues nicht zweifelhaft sei, sei sich darüber klar gewesen, daß die Vergrößerung der Anstalt die Heranziehung neuer Hilfskräfte nöthig mache. Er erwarte, daß, sobald es nur anginge, die erweiterte Anstalt benutzt werde, damit dem jetzt herrschenden Nothstand wegen Unterbringung von Geisteskranken endlich abgeholfen werde.

Abg. Ahlhorn: Er sei kürzlich in Wehnen gewesen und habe gesehen, daß die Regierung dort sehr sparsam verfare. So seien die Zimmer der ersten Classe sehr einfach eingerichtet. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Mehrforderung für Inventar halte er für begründet, da anfangs nur der Anbau eines Flügels, jetzt aber der Bau von 5—6 neuen Gebäuden beabsichtigt werde. Auch er wolle wünschen, daß für den Fall der Genehmigung des Baues, derselbe rasch in Angriff genommen werde, damit der herrschende Nothstand rasch sein Ende finde.

Die Anträge 13, 14 werden angenommen.

Zu Antrag 15 bemerkt der

Berichterstatter Tausen: Der Ausschuß habe mit Freude der Mehrforderung der Impfungskosten, welche durch allgemeine Verwendung von animalischer Lymphe verursacht werde, zugestimmt, da die Anwendung derselben für die Sicherung des Gesundheitszustandes der Impflinge von der größten Bedeutung sei. Der Amtsverband Butjadingen habe schon früher auf seine Kosten thierische Lymphe angeschafft.

Der Präsident verliest den Antrag 16 und stellt denselben zur Berathung. Zu demselben erbittet das Wort:

Abg. Thorade: Von dem Generalpredigerverein und von verschiedenen Kreisynoden seien an die Direction des Peter-Friedrich-Ludwig-Hospitals Gesuche gerichtet, man möge doch den Kranken, welche besondere Zimmer inne hätten, die Wahl des Arztes frei geben, was sonst, wie bekannt, in dem Hospital nicht der Fall sei. Diese Gesuche seien ohne Erfolg gewesen. Der Umstand, daß eine solche Beschränkung vorliege, habe zu verschiedenen Uebelständen und Verschiebungen geführt. Es sei ja bekannt, daß selbst

zu Zeiten, in denen viel Krankheit geherrscht habe, Zimmer im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital leer gestanden und der Zug der Kranken sich dem Pius-Hospital, wo solche Beschränkungen nicht bestanden, zugewandt habe. Der Andrang sei so bedeutend gewesen, daß eine Vergrößerung der letztgenannten Anstalt, deren segensreiches Wirken er übrigens nicht verkenne, nöthig geworden sei, und die Pius-Stiftung müßte abermals eine Vergrößerung ihres Hospitals vornehmen, wenn nicht eine Aenderung der Einrichtungen im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital eintrete.

Es sei dieses doch für Stadt und Land unerwünschter Zustand. Es habe sich in der letzten Zeit eine Bewegung entwickelt, welche darauf abziele, ein neues evangelisches Krankenhaus für das ganze Land zu gründen. Es erfordere ein solches Unternehmen große Mittel, und es sei ihm zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit durch milde Beiträge dieses Ziel zu erreichen sei. Er wünsche, daß das Comite nächstens Fühlung suche mit der Direction des Peter-Friedrich-Ludwig-Hospitals, um mit den erreichten Mitteln den Anbau eines Flügels an das Hospital zu ermöglichen, in welchem den Kranken die Wahl des Arztes freigegeben werde. Er verkenne nicht die Uebelstände, welche daraus entstünden, daß jeder Kranke einen Arzt nach seiner Wahl nehmen könne, er habe auch gefunden, daß dieses nur in den Hospitalern weniger Städte der Fall sei, er wisse, daß auch im Pius-Hospital, wo sich diese Einrichtung im Ganzen bewährt habe, Uebelstände dadurch hervorgerufen seien, aber er glaube doch, daß, wenn in einem Flügel des Peter-Friedrich-Ludwig-Hospitals die Arztwahl gestattet sei, allen Mißständen vorgebeugt sei. Er wolle den Wunsch aussprechen, daß, wenn das Comite, dem er übrigens nicht angehöre, mit der Direction Fühlung suchen würde, dasselbe bei dem Ministerium ein freundliches Entgegenkommen und sorgfältige Erwägung seiner Pläne finden möge.

Abg. Ahlhorn: Es sei ihm zu Ohren gekommen, daß die Eisenbahndirection ein Circular an ihre Beamte habe ergehen lassen, worin dieselben zu Zeichnung von freiwilligen Beiträgen für das zu gründende evangelische Krankenhaus aufgefordert sind, mit dem Bemerkten, der Beitrag könne nach und nach auf Wunsch vom Gehalt abgezogen werden. Die Unterbeamten hielten sich dadurch leicht zum Geben von Beiträgen gezwungen, aus Furcht, daß sie im andern Falle Nachtheile haben würden. Er sei durchaus nicht gegen die Opferwilligkeit, aber er halte es für durchaus falsch, daß in dieser Beziehung von Oben ein Druck ausgeübt werde.

Gegen Thorade wolle er bemerken, daß seiner Ansicht nach der große Zudrang zum Pius-Hospital nicht durch die dort eingeführte Arztfreiheit verursacht werde, sondern da-



durch, daß uns die Katholiken in der Krankenpflege überlegen seien. Zumal den Schwestern könne man Niemanden an die Seite stellen.

Minister **Jansen**, Exc.: Er wolle bemerken, daß der Staatsregierung von einem solchen Circular nichts bekannt sei; er werde aber nicht unterlassen, Erkundigungen darüber einzuziehen.

Der Präsident verliest die Anträge 17—20 und stellt dieselben einzeln zur Berathung.

Es werden darauf die Anträge 15—20 in einer Abstimmung angenommen.

Der Präsident verliest die Anträge 21 und 22.

Berichterstatter **Tanzen**: Der Ausschuß halte es für durchaus gerechtfertigt, daß aus den interessirten Kreisen zur Deckung eines etwaigen Deficits ein gleicher Beitrag geliefert werde, wie aus der Staatskasse zu diesem Zwecke bewilligt werde. Genau dasselbe Verfahren sei bei der Gewerbeausstellung beliebt worden. Für derartige Zwecke müsse man eine gleichmäßige Behandlung eintreten lassen.

Die Anträge 21, 22, sowie die Anträge 23, 24 werden angenommen.

Der Präsident verliest den Antrag und giebt das Wort dem

Berichterstatter **Tanzen**: Der Ausschuß sei Anfangs zweifelhaft gewesen, ob die Stadt nicht noch höher zu belasten sei; es erscheine doch natürlich, daß die Vortheile dieses Instituts in erster Linie der Stadt zu Gute komme. Im Lande könne von Kunstgewerbe nur in beschränkterem Sinne die Rede sein. Er (Redner) sei der Ansicht, daß dieser Zuschuß, der ja ein dauernder sein werde, gegenüber den Zuschüssen, welche der Landwirthschaft zu Theil würden, zu hoch bemessen sei. Der Ausschuß habe jedoch dieser an sich nützlichen Einrichtung nicht entgegentreten wollen. Man sei Anfangs für Gleichheit der Beiträge des Staates und der Stadt zu diesem Unternehmen gewesen, sei aber hiervon abgegangen, nachdem die Abgeordneten, welche mit den städtischen Verhältnissen vertraut seien, erklärt hätten, daß in diesem Falle das ganze Unternehmen scheitern werde.

Der Ausschuß könne aber nicht umhin, dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß der jährliche Beitrag der Stadt Oldenburg dem halben Beitrag des jährlichen Staatszuschusses gleich kommen müsse. Man habe es mit einem dauernden Zuschuß zu thun und er (Redner) hoffe, daß die Stadt die nicht schwere Last freudig auf sich nehmen werde.

Abg. **Wallrichs**: Er wolle sich die Anfrage erlauben, ob auch die kleinen Handwerker, welche nicht Mitglieder des Kunstgewerbevereins seien, die Vortheile dieses Instituts ge-

nießen könnten. Dem Verein beizutreten, seien sie wegen des hohen Beitrags nicht im Stande.

Reg.-Com. **von Buttel**: Er sei nicht in der Lage, diese das Detail berührende Frage sicher zu beantworten. Soviel ihm bekannt sei, werde allerdings Mitgliedschaft des Kunstgewerbevereins vorausgesetzt. Seiner Ansicht nach müsse die Regelung derartiger Bestimmungen den Vereinsstatuten überlassen bleiben.

Abg. **Thorade**: Er sei sehr erfreut über die Vorlage, er verspreche sich einen bedeutenden Erfolg von diesem Unternehmen; von dieser Centralstelle werde ein segensreicher Einfluß auf das Gewerbe des ganzen Landes ausgehen. Es werden häufig unter Gegenständen des Kunstgewerbes ganz pompöse Sachen verstanden, deren Anschaffung nur dem Reichen möglich sei. Nach dieser Richtung zu wirken, sei nicht das Ziel des Unternehmens, sondern Gegenstände des täglichen Lebens, welche auch im kleinsten Haushalt nöthig seien, möglichst form schön zu bilden. Dieses schließe keine wesentliche Vertheuerung dieser Gegenstände ein; er habe häufig Sachen dieser Art gesehen, die nicht theurer gewesen seien, als dieselben in plumper Form. Man müsse ja sagen und er wolle nicht damit hinterm Berge halten, daß naturgemäß die Stadt den größten Nutzen von diesem Institut haben werde. Aber die Umformung, die das Gewerbe in der Stadt durchzumachen haben werde, werde ebenfalls auf das Land ihre Wirkung ausüben. Vor allem wesentlich in dieser Beziehung sei die Anstellung eines Directors, welcher geneigt sein werde, auch in den kleinen Orten sachkundige Vorträge zu halten. Die Stadt habe durchaus nicht vorgehabt, nur 2000 M. zu geben, und er sei daher durch die gestellte Bedingung, wie er gestehen müsse, etwas unangenehm berührt. Es klinge ein Mißtrauen gegen die Stadt durch und die letztere werde jetzt nicht so gern geben, als wenn sie freiwillig gegeben hätte.

Habe die Stadt nicht große Summen für die Landesthierschau hergegeben und zwar ohne jegliche Bedingung? Es wäre den Landleuten auch nicht angenehm gewesen, wenn an die Bewilligung der Summen damals eine Bedingung geknüpft worden sei. Von Seiten der Stadt werde viel gethan und viele freiwillige Beiträge zu Zwecken mancherlei Art gezeichnet.

Abg. **Tanzen**: Er freue sich über die Opferwilligkeit der Stadt, wie sie der Abg. Thorade in Aussicht stelle. Andere Abgeordnete, welche der Stadt angehörten, seien jedoch anderer Ansicht gewesen; sie hätten erklärt, daß, wenn noch mehr von der Stadt verlangt werde, das ganze Unternehmen zu Fall kommen würde. Der Ausschuß sei hierbei durchaus nicht einseitig verfahren; er habe die Genehmigung einer staatlichen Garantie von 5000 M. für die Landes-

thierschau doch nur unter der Bedingung beantragt, daß diese Garantie gleichmäßig mit einem anderweit zu bildenden Garantiefonds in Anspruch genommen werde.

Abg. **Funch:** Er schließe sich seinem Vorredner an, indem auch er seiner Freude über die in Aussicht gestellte Opferwilligkeit der Stadt Ausdruck geben möchte.

Unter erschwerenden Umständen habe allerdings die Stadt Oldenburg zur Landesthierschau 1879 einen namhaften Beitrag geleistet, im Uebrigen sich, entgegen den anderen Städten unseres Landes, den jährlichen Thierschauen gegenüber stets ablehnend verhalten.

Er bitte den Abg. Thorade recht sehr, bei Gelegenheit der nächsten Landesthierschau recht kräftig für die Bewilligung eines namhaften Beitrags seitens der Stadt im Stadtrathe wirken zu wollen.

Abg. **Schulze:** Zunächst habe im Ausschuß die Ansicht geherrscht, die Stadt solle, da sie den größten Nutzen von dem Institut habe, denselben Zuschuß leisten wie der Staat. Er sei anderer Ansicht gewesen. Bei dem bevorstehenden Zollanschluß Bremens erwachse Oldenburg eine gefährliche Concurrrenz in dieser Stadt. Bei der Einwirkung, welche diese Centralanstalt auf das Gewerbe des ganzen Landes haben werde, würde leichter die Lieferung von geschmackvollen Gegenständen zu billigen Preisen ermöglicht werden, als wenn Jeder nach seinem Modus weiter arbeite. Die Stadt mit 6000 *M.* in Anspruch zu nehmen, habe er zu hoch gehalten; ihm sei ein Zuschuß von 2000 *M.* am liebsten gewesen.

Abg. **Thorade:** Auf den kräftigen Appell des Abg. Funch wolle er erwidern, daß man, als die Stadt den Beitrag zu der letzten Landesthierschau bewilligt habe, auch nicht 6 Worte darüber verloren habe.

Abg. **Groß:** Er wolle auf die Bedenken, welche von dem Abg. Wallrichs geltend gemacht seien, zurückkommen. Nach seiner Ansicht müsse dieses Institut von jedem Gewerbetreibenden benutzt werden können, ohne daß eine Mitgliedschaft des Gewerbevereins nöthig sei. Für die kleinen Handwerker sei der Beitrag zu diesem Verein zu hoch. Es möge doch in dieser Beziehung eine Aenderung der Statuten des Vereins stattfinden.

Abg. **Thorade:** Er könne nur erwidern, daß die Zuschüsse allein nicht ausreichten, daß das Unternehmen auf Beiträge angewiesen sei, die natürlich fortfallen würden, wenn von vornherein statutarisch bestimmt werde, daß Jeder das Museum benutzen könne. Doch er könne versichern, diese Bedenken seien ohne Grund, mit schmelzender Liebesswürdigkeit würde der anzustellende Director bereit sein, Vorträge zu halten und an ihn ergehende Anfragen um Rath und Hülfe zu beantworten.

Abg. **Tanzen:** Er glaube, man könne die Bedenken fallen lassen, nach den Ausführungen des Abg. Thorade, der mit der Sache bekannt sei. Es liege ja im Interesse eines Instituts selbst, welches erzieherisch wirken solle, daß es sich nicht abschließe. Der Gedanke, daß der Director im Lande Vorträge halten solle, habe auch im Ausschuß großen Anklang gefunden. Um so weniger brauche man Bedenken hegen, da dem Landtage durch Bewilligung des Zuschusses, der ja nur immer von einer Finanzperiode bis zur anderen ginge, stets einen Einfluß auf die Leitung dieses Unternehmens erhalten bleibe.

Der Antrag 25 wurde darauf angenommen.

Der Präsident verlas den Antrag 26.

Abg. **Thorade:** Er wolle den Wunsch aussprechen, daß der Bericht, den die Aufsichtsbeamten über die Fabriken dem Ministerium einzureichen haben würden, auch dem Landtage zugänglich gemacht werde.

Die Berathung über Antrag 26 wird geschlossen, die Abstimmung ausgesetzt.

Der Präsident verliest die Anträge 27 und 28.

Zu letzterem bemerkt der

Abg. **Ahlhorn:** Er möchte die Regierung bitten, daß die Schlickgrubenarbeiten mit dem 1. October beendet würden. Bei den hohen Fluthen, welche nach dieser Zeit häufig vorkämen, würde Alles wieder hineingespült. Das dafür bezahlte Geld sei weggeworfen.

Die Anträge 29, 30, 31, 32, 33 wurden einzeln zur Berathung gestellt und sodann in einer Abstimmung die Anträge 26—33 angenommen.

Die Anträge 34 und 35 wurden darauf zur Berathung gestellt und angenommen.

Der Antrag 36 wurde vom Präsidenten verlesen.

Zu demselben erhielt das Wort

Abg. **Ahlhorn:** Im Ausschuß sei es zur Sprache gekommen, ob nicht in Rücksicht auf den großen Rückgang in der Schülerzahl der Navigationschule bei Eintritt einer Vacanz eine Lehrerstelle aufgehoben werden könne. Bei der schlechten Lage der Schifffahrt sei keine Aussicht auf Zunahme der Schülerzahl vorhanden.

Reg.-Com. **von Buttell:** Die Regierung werde auf die Erwägung dieser Frage Bedacht nehmen. Er wolle jedoch bemerken, daß solche Schwankungen bei allen Schulen vorkämen. Eine Aenderung der ganzen Organisation der Schule deshalb vorzunehmen, halte er doch für bedenklich.

Abg. **Groß:** Der Abg. Ahlhorn habe als Grund des Rückgangs der Schule die schlechte Lage der Schifffahrt angeführt; der Grund sei aber ein anderer. In Geeste-

münde sei eine Navigationschule gegründet, bei welcher Schüler in die Schifferklasse zu jeder Zeit Aufnahme fänden, während in Elsfleth dieselbe an bestimmte Termine geknüpft sei. Die Abnahme der Schüler in der Steuermannsclasse rühre daher, daß im vorigen Jahre das Reich eine Verordnung habe ergehen lassen, nach welcher die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst auf der Marine nicht mehr wie früher von dem bestandenen Steuermannsexamen abhängig gemacht werde, sondern ferner noch davon, daß der Betreffende schon 2 Jahre als Vollmatrose gefahren habe. Es sei also Aussicht, daß die Zahl der Schüler dieser Classe bald wieder zunehmen werde. Der Schule eine Lehrkraft zu entziehen, halte er im Interesse unserer Schifffahrt für höchst bedenklich. Er ersuche die Regierung, diesen Schritt nur dann zu thun, wenn dadurch ein Nachtheil für die Schule nicht zu befürchten sei.

Abg. **Ahlhorn:** Auch seine Ansicht sei, nur dann der Schule einen Lehrer zu nehmen, wenn der Schule selbst ein Schaden daraus nicht erwachse. Er wünsche ebenfalls, daß das Institut auf seiner Höhe bleibe. Ihm sei wohl bekannt, daß die Schule zu Geestemünde der Elsflether großen Schaden thue. Es sei aber die von ihm vorhin geäußerte Ansicht, daß der schlechte Gang der Schifffahrt auf die Schülerzahl einen Einfluß ausübe, richtig, da es ganz natürlich sei, daß einem Geschäfte, welches keine günstige Conjunctionen habe, sich weniger Leute widmen würden als einem solchen, welches in Blüthe stehe.

Der Präsident stellte sodann die Anträge 37—40 einzeln zur Berathung. Zu dem letzten erhielt das Wort der

Abg. **Schulze:** In weiteren Kreisen habe es große Enttäuschungen hervorgerufen, daß auch für die nächste Finanzperiode keine durchgreifende Verbesserung des Huntefahrwassers in Aussicht genommen sei. Schon im Sommer 1886 habe der hiesige Gewerbe- und Handelsverein ein Gesuch an das Staatsministerium gerichtet und unter ausführlicher Begründung und Darlegung der wirthschaftlichen Bedeutung des Projectes gebeten, in Verbindung mit der Wesercorrection eine Begradigung der unteren Hunte vornehmen zu lassen. Dieses Project solle auch die Staatsregierung beschäftigt haben, doch hätten die Erwägungen, wie aus der Voranschlagsposition ersichtlich, nicht zu dem Entschluß geführt, den Anfang mit der Ausführung zu machen. Auch habe der Gewerbe- und Handelsverein nicht einmal eine Antwort auf seine Eingabe erhalten. Es habe wohl Niemand erwartet, daß das Project gleich in vollem Umfange in Angriff genommen werden solle, aber man habe sich doch der Hoffnung hingegeben, daß wenigstens einmal der Anfang damit gemacht und einer der nothwendigsten Durchstiche vorgenommen würde. Daß nun wieder in dem

langen Zeitraum von 3 Jahren nichts als was zur nothwendigen Instandhaltung erforderlich geschehen solle, sei um so bedauerlicher, als überall jenseits der Grenzen des Herzogthums so gewaltige Anstrengungen gemacht würden, Gewerbe, Handel und Schifffahrt zu heben.

Andererseits constative er (Redner) mit Freude, daß er in den besonderen Begründungen zu §. 58 des Voranschlags (Communal-Chauffeen) eine Aeußerung der Staatsregierung gefunden habe, welche er als eine Zusage dafür auffasse, daß nach Ablauf der nächsten Finanzperiode mit der Hunte-Correction vorgegangen werden solle. Da diese Aeußerung nicht in den Bericht aufgenommen sei, so solle hier darauf hingewiesen werden, damit dieselbe den interessirten Kreisen bekannt werde. Dieselbe habe folgenden Wortlaut:

„Eine allmähliche Entlastung des Staatsbudgets von den bisherigen erheblichen Zuschüssen für Communalchauffeebauten ist auch deshalb erwünscht, weil alsdann voraussichtlich größere Mittel verfügbar gemacht werden können, um einer bis dahin entbehrten durchgreifenden Verbesserung der natürlichen Wasserstraßen des Landes — insbesondere der unteren Hunte — näher zu treten.“

Redner würde der Staatsregierung sehr dankbar sein, wenn sie auch hier die Erklärung abgeben wolle, daß die Begradigung und Verbesserung des Fahrwassers der unteren Hunte bis zur nächsten Finanzperiode vorzubereiten beabsichtigt werde.

Reg.-Com. **Ahlhorn:** Es liege allerdings nicht in der Absicht der Regierung, dem jetzigen Landtage eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Die technische Ansicht gehe nämlich dahin, daß es sich sehr empfehle, für die Ausführung einer größeren Correction der unteren Hunte zunächst die Wirkungen der Wesercorrection abzuwarten. Das Project sei übrigens bereits eingehend bearbeitet und werde dem Ausschusse für die Wesercorrection, falls derselbe dies wünschen sollte, vorgelegt werden.

Die Anträge 36—40 wurden darauf in einer Abstimmung genehmigt.

Sodann wurden die Anträge 41, 42 zur Berathung gestellt.

Zu Antrag 42 bemerkte:

Abg. **Ahlhorn:** Der Ausschuß habe sich durch eigene Anschauung von der Lage der Dinge überzeugt, und habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht durchaus nothwendig sei, am rechten Flußufer eine Rajenmauer zu ziehen. Ferner halte er es für angebracht, die Ausnutzung der betreffenden Wasserkraft der privaten Speculation freizugeben, selbstredend mit den nöthigen Beschränkungen, wodurch die Verfügung über den Wasserlauf dem Staate dauernd gesichert bleibe. —

Die Anträge 41, 42 wurden angenommen.

Der Präsident verlas die Anträge 43—47.

Zu dem letzteren bemerkte:

Abg. **Ahlhorn**: Dem Ausschusse sei es angemessen erschienen, daß die betreffenden Gratificationen, wenn nicht ausschließlich, so doch zum größten Theil, den Wegewärtern auf der Geest zu Gute kämen, weil dieselben in ihrem Nebenverdienst hinter den Wegewärtern in der Marsch zurückstehen. Um aber eine gerechte Vertheilung zu ermöglichen, sei es nöthig, daß die Oberbeamten häufig ihre Strecken besuchten, was bis jetzt noch zu wünschen übrig lasse. Es seien neben vielen eifrigen Beamten auch solche vorhanden, welche ihre Strecken selten zu sehen bekämen, ein Umstand der Ursache sei, daß die Chaussees sich häufig in so schlechtem Zustande befänden. Er wolle die Regierung ersuchen, in dieser Beziehung ihre Beamten streng zu controlliren.

Reg.-Com. **Ahlhorn**: Die Regierung werde den vom Ausschusse geäußerten Wunsch in Erwägung ziehen. —

Zu Antrag 48 erhielt das Wort:

Abg. **Hanken**: Schon im vorigen Landtage habe er den Wunsch geäußert, die größeren Chausseearbeiten nicht in Tagelohn sondern in Accord zu geben. Wenn es auch ja billiger käme, so sehe er doch den Hauptvortheil darin, daß die Chaussees nicht so lange dem Verkehr entzogen würden.

Abg. **Ahlhorn**: Auch er sei für Accord, da Staat und Gemeinden sich dabei besser ständen. Die kleinen Flickereien an den Chaussees könnten natürlich in Accord nicht vergeben werden. Er halte es aber für richtig, daß dieselben im Sommer gemacht würden und nicht mehr im November, wo die Arbeitszeit so kurz sei.

Der Antrag 49 wurde zur Berathung gestellt.

Sodann wurden die Anträge 43—49 in einer Abstimmung angenommen.

Der Antrag 50 wurde vom Präsidenten verlesen. Zu demselben erbat das Wort:

Abg. **Schulze**: Er habe zu seinem Bedauern gesehen, daß die Chaussee durch Wüstenland, eine wichtige Verbindung zwischen Oldenburg und Stebingen, nicht zu Stande gekommen sei. Dieses Unternehmen sei an dem Widerspruch Osternburgs gescheitert. Die Regierung möchte doch ihren Einfluß geltend machen, daß die Gemeinde Osternburg sich endlich einverstanden erkläre.

Abg. **Ahlhorn**: Auch er theile den Wunsch, daß diese Chaussee zu Stande käme. Die Schuld der Regierung sei es nicht, denn diese habe schon 50% zu dem Bau den Osternburgern geboten; es liege allein an dem Eigensinn der letzteren.

Der Antrag 50 wurde darauf angenommen.

Die Anträge 51 und 52 wurden einzeln zur Berathung gestellt und sodann in einer Abstimmung angenommen.

Die Anträge 53—56 kamen einzeln zur Berathung und wurden ohne Debatte einzeln angenommen.

Zu Antrag 57 bemerkte:

Berichterstatter **Wenke**: Es sei noch nachträglich eine Petition von Mitgliedern der Gemeinde Godensholt eingegangen, welche wegen der hohen Belastung der Gemeinde Apen bäten, von der projectirten Chaussee nach der Landesgrenze abzusehen. Der Ausschuss beantrage:

Der Landtag wolle die Petition mehrerer Einwohner zu Godensholt, betr. Ablehnung des Baues einer Chaussee von Apen bis zur Landesgrenze, für erledigt erklären.

Abg. **Ahlhorn**: Er halte es für nöthig, daß zwei Landestheile, welche einander so nahe liegen, auch durch eine Chaussee verbunden würden. In Preußen sei diese Chaussee schon längst geplant. Er gebe gern zu, daß Apen schwer belastet sei, dafür habe aber das Amt Westerstede nur Staatschausees, sodaß seiner Ansicht nach hier der Amtsverband wohl hätte eintreten können. Zum Ausbau unseres Chausseenezes sei diese Chaussee durchaus nöthig.

Abg. **Vorgmann**: Der Antrag zum Ausbau dieser Chaussee sei von Preußen ausgegangen; man sei zum Bau gezwungen, da Preußen drohe, die bereits bewilligte Chaussee wieder vom Etat abzusehen. Es sei richtig, daß die Gemeinde Apen sehr belastet sei; dieser Umstand könne aber nicht als ein genügender Grund angesehen werden, den Bau zu unterlassen. Auch er sei dafür, diese Petition für erledigt zu erklären. Schließlich wolle er noch darauf aufmerksam machen, daß im Gemeinderath dieselbe Eingabe abgelehnt worden sei.

Berichterstatter **Wenke**: Der Landtag werde voraussichtlich die beantragten Summen bewilligen und werde damit nach dem im Bericht Gesagten das Haupt-Chausseenez zum Abschluß gelangt sein. Es gebe aber noch viele Gemeinden, die nur wenige oder gar keine Chaussees besitzen, und wolle er den Wunsch aussprechen, die Staatsregierung möge diesen Gemeinden, wenn sie mit der Bitte um Zuschüsse kämen, ein freundliches Entgegenkommen angedeihen lassen.

Minister **Jansen**, Exc.: Es habe nur gesagt werden sollen, die Staatsregierung halte das Netz der größeren Amts- und Gemeinde-Chaussees für annähernd abgeschlossen. Die Regierung werde auch ferner bereit sein, auf weitere Anträge einzutreten, werde aber natürlich die zu bewilligenden Procente abhängig machen von der Bedeutung der geplanten Chaussee für das allgemeine Interesse.

Der Präsident theilte mit, daß er die Berathung wieder eröffne.



Abg. **Ahlhorn**: Das im Bericht Gesagte beziehe sich nur auf Amtsverbandsschaffsen, nicht auf Gemeindegasse.

Darauf kam der Antrag 58 zur Berathung.

Die Anträge 57, 58 wurden in einer Abstimmung angenommen. —

Der Abg. Deeken beantragte, die Berathung abzubrechen, damit es den Abgeordneten aus der Stadt möglich sei, ihrer Wahlpflicht zu der Stadtrathswahl noch zu genügen. Der Antrag, welcher genügend unterstützt war, wurde angenommen.

Die nächste Sitzung mit der Fortsetzung der heutigen Berathung als Tagesordnung wird auf Sonnabend den 26. November, Vormittags 10 Uhr, angesetzt.

Schluß der Sitzung 12¹/₄ Uhr.

Der Berichterstatter:

Mahlstedt.

